

## 15. Wahlperiode

### Beschlussempfehlung und Bericht

#### des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

#### Staatshaushaltsplan 2015/2016 Einzelplan 02: Staatsministerium

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

#### I.

#### 1. Kap. 0201 – Staatsministerium

		2015 Tsd. EUR	2016 Tsd. EUR
Tit. 427 74	Sonstige Beschäftigungs- entgelte		
	<i>statt</i>	0,0	0,0
	<i>zu setzen</i>	129,4	130,5
	und folgende Erläuterung neu aufzunehmen:		
	„ <b>Erläuterung:</b> Mehr für die Geschäftsstelle Digitalisierung.“		
TG 79	Die Zweckbestimmung wie folgt zu fassen:		
	„Aufwendungen in Fragen der Zivilgesellschaft und Bürger- beteiligung“		
Tit. 546 79	Sonstiger Sachaufwand		
	<i>statt</i>	200,0	200,0
	<i>zu setzen</i>	365,0	200,0

und die Erläuterung wie folgt zu fassen:

**„Erläuterung:** 2015 mehr für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Maßnahmen zur Flüchtlingshilfe.“

	2015 Tsd. EUR	2016 Tsd. EUR
Neu aufzunehmen:		
„Tit. 681 79 N Beratungsgutscheine für Bürgerschaftliche Initiativen	200,0	200,0“
„Tit. 281 80 N Zuschüsse von Dritten		
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0“

und die Erläuterung wie folgt zu fassen:

**„Erläuterung:** Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit.Gr. 80 – Ausgaben –.“

Zu ändern:

TG 80	Die Zweckbestimmung und den Haushaltvermerk wie folgt zu fassen:  „Umsetzung der Donauraumstrategie  Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit.Gr. 80.“
-------	--

und die Erläuterung wie folgt zu ergänzen:

„Im Rahmen der Donauraumstrategie wird das Annual Forum 2015 in Ulm stattfinden. Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln, Zuschüssen der EU und sonstiger Dritter.“

Tit. 685 80	Zuschüsse zur Förderung von Projekten		
	<i>statt</i>	400,0	400,0
	<i>zu setzen</i>	500,0	500,0

und die Erläuterung wie folgt zu fassen:

**„Erläuterung:** Mehr für Interkulturelle Bildungsprojekte der verschiedenen Roma-Gemeinschaften.“

im Übrigen Kapitel 0201 zuzustimmen.

**2. Kap. 0202 – Allgemeine Bewilligungen**

		2015 Tsd. EUR	2016 Tsd. EUR
Tit. 685 70	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen		
	<i>statt</i>	710,0	710,0
	<i>zu setzen</i>	1.000,0	1.000,0
Neu aufzunehmen:			
„TG 83	Strategisches Donaübüro (Danube Strategy Point – DSP)		
	und die Erläuterung wie folgt zu fassen:		
	<b>„Erläuterung:</b> Vgl. Ver- merk und Erläuterungen bei Tit. Gr. 83 – Ausgaben –.		
Tit. 272 83A N	Zuschüsse der Europäischen Union für das Strategische Donaübüro		
	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 272 83B N	Zuschüsse der Europäischen Union zur Abwicklung von Projekten durch das Strate- gische Donaübüro		
	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 281 83 N	Zuschüsse von Dritten		
	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
	<b>Summe Titelgruppe 83</b>	0,0	0,0
TG 83	Strategisches Donaübüro (Danube Strategy Point – DSP)		
	Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. Gr. 83 zulässig.		
	und die Erläuterung wie folgt zu fassen:		
	<b>„Erläuterung:</b> <i>Vorgesehen sind folgende Projekte:</i>		
	<i>– Betreibung des Strategischen Donaübüros (Danube Strategy Point – DSP)</i>		
	<i>– Verwaltung der Finanzmittel für die Koordinatoren der 12 Schwerpunktbereiche der Donauraumstrategie (Priority Area Coordinators – PAC)</i>		
	<i>– Verwaltung der Finanzmittel für das Annual Forum 2016 in Bratislava</i>		

	2015 Tsd. EUR	2016 Tsd. EUR
Tit. 429 83 N Personalaufwand		
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 526 83 N Kosten für Sachverständige		
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 546 83 N Sonstiger Sachaufwand		
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 685 83 N Zuschüsse und sonstige Förderungen		
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
Tit. 812 83 N Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		
<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
<b>Summe Titelgruppe 83</b>	0,0	0,0“

im Übrigen Kapitel 0202 zuzustimmen.

### **3. Kap. 0203 – Staatsgerichtshof**

zuzustimmen.

### **4. Kap. 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union**

zuzustimmen.

### **5. Kap. 0208 – Führungsakademie Baden-Württemberg**

zuzustimmen.

## **II. Kenntnis zu nehmen:**

Von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. November 2014 betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 02 berührt.

19. 11. 2014 / 26. 11. 2014

Der Berichterstatter:

Claus Paal

Der Vorsitzende:

Karl Klein

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat den Einzelplan 02 – Staatsministerium des Staatshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2015/16 in seiner 51. Sitzung am 19. November 2014 beraten.

In die Beratung einbezogen wurde auch die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. November 2014 betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 15/5964, soweit sie den Einzelplan 02 berührt.

Die zu dieser Einzelplanberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge 02/1 bis 02/7 sind diesem Bericht beigelegt (*vgl. Anlage*).

Der Berichterstatter führt aus, der Einzelplan 02 sei sowohl hinsichtlich der Mittel als auch hinsichtlich der Zahl der Stellen ein kleiner Einzelplan des Staatshaushaltsplans. Dieser umfasse das Staatsministerium, die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel sowie die Führungsakademie Baden-Württemberg. Die Mittel für den Staatsgerichtshof seien erstmals im Einzelplan 16 etatisiert worden.

Der Einzelplan 02 weise für das Jahr 2015 ein Volumen von rund 44,7 Millionen € und einen Zuschussbedarf in Höhe von etwa 42,3 Millionen € auf. Im Jahr 2016 umfasse sein Volumen ca. 41,4 Millionen €, während sich der Zuschussbedarf auf rund 39,1 Millionen € belaufe. Das Gesamtvolumen wachse von 2014 auf 2015 um etwa 4,5 Millionen € und der Zuschussbedarf um ca. 3,5 Millionen € an.

Der Personalbestand steige von 294,5 Stellen im Jahr 2014 auf 298 Stellen im Jahr 2015 und sinke auf 296 Stellen im Jahr 2016.

Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg würden nicht mehr, wie zuvor, im Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, sondern im Einzelplan 02 etatisiert.

In einem Gespräch mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Vorfeld der heutigen Sitzung seien ihm die folgenden Erhöhungen erläutert worden.

Die bei Kapitel 0201 Titel 427 51 – Staatsministerium: Sonstige Beschäftigungsentgelte – veranschlagten Mittel seien um 85 000 € erhöht worden. Ursächlich hierfür seien ein erhöhter Vertretungsbedarf bei Urlaub und Krankheit, der verstärkte Einsatz von Aushilfen bei Veranstaltungen der Landesregierung sowie die Zunahme von bezahlten Praktika.

Ursächlich für den Mittelanstieg bei Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – seien insbesondere die aufgrund der Personalausgabenbudgetierung mit veranschlagten Auswirkungen des Tarifergebnisses. Hinzu komme der Aufwand für insgesamt drei neue Stellen im Arbeitnehmerbereich.

Bei den Titeln 511 01 – Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände –, 534 01 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – und 812 01 – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. – beliefen sich die Erhöhungen in der Summe auf 1,565 Millionen € im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 und auf 171 000 € im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2014. Damit würden die Kosten im Zusammenhang mit dem Umbau der Villa Reitzenstein und die Kosten für den Erweiterungsbau abgedeckt.

Der Mittelanstieg bei den Titeln 511 69A und 812 69 – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. – um insgesamt 210 000 € im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 werde zum Teil kompensiert durch eine um 50 000 € geringere Veranschlagung bei Titel 534 69: Dienstleistungen Dritter u. dgl.

Für die Veranschlagung von Zuschüssen an die Allianz für Beteiligung sei der Titel 685 79 N – Zuschüsse – geschaffen worden. Die Allianz sei ein Netzwerk von Akteuren, die sich für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg einsetze. In den Jahren 2013 und 2014 sei die Allianz für Beteiligung durch die Baden-Württemberg Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die Breuninger Stiftung und andere getragen worden.

Die bei Titel 547 80 – Sachaufwand – veranschlagten Mittel seien um 130 000 € erhöht worden zur Ausrichtung des Annual Forums in Ulm im Rahmen der Donaoraumstrategie sowie zur Abdeckung des Mehraufwands aufgrund der Präsidentschaft in der Arbeitsgemeinschaft Donauländer.

Zur Begründung des gestiegenen Ansatzes bei Kapitel 0202 Titel 531 04 N – Allgemeine Bewilligungen: Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg – sei ihm mitgeteilt worden, aus dem Einzelplan 12 seien 3,1 Millionen € in den Einzelplan 02 übertragen worden. Im Zuge der Neuausrichtung der Werbe- und Sympathiekampagne auf den Onlinebereich würden die Mittel im Haushalt 2015/2016 um 1,8 Millionen € zurückgefahren. Bei diesem Titel erbringe das Staatsministerium seinen größten Einsparbeitrag.

Der Mehrbedarf von 120 000 € bei Titel 541 72 – Kosten für Konferenzen, Seminare und Tagungen – sei darauf zurückzuführen, dass Baden-Württemberg im Jahr 2015 den Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz übernehme, in der zehn Länder und Kantone rund um den Bodensee strategisch vereint seien. Im Rahmen dessen seien zehn Konferenzen bzw. Veranstaltungen geplant.

Korrespondierend mit dem geplanten Ausgabenzuwachs bei den Titeln 541 76 – Aufwendungen für Veranstaltungen der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union – und 812 76 – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. – seien die geplanten Einnahmen bei Titel 125 76 – Einnahmen aus dem Veranstaltungsbetrieb der Vertretung des Landes bei der EU – erhöht worden.

Die insgesamt sechs Stellenzugänge beim Staatsministerium resultierten aus einer neuen Beamtenstelle für die Begleitung der Bund-Länder-Kommission zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, einer neuen Beamtenstelle für die Betreuung der Präsidentschaft in der Internationalen Bodenseekonferenz und des Vorsitzes der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, einer neuen Arbeitnehmerstelle aufgrund der Umwandlung eines befristeten Beschäftigungsverhältnisses in eine Dauerbeschäftigung im Bereich Reden, einer neuen Arbeitnehmerstelle für die Begleitung von Baumaßnahmen in Brüssel, einer neuen Arbeitnehmerstelle für einen zweiten Schlossverwalter, einer neuen Beamtenstelle bei der Landesvertretung in Berlin für die bundespolitische Koordination.

Dem stehe der Vollzug von drei k.w.-Vermerken gegenüber, wovon eine Stelle auf das Jahr 2015 und zwei Stellen auf das Jahr 2016 entfielen. 1,5 Beamtenstellen seien in den Einzelplan 16 – Staatsgerichtshof – übertragen worden.

Der Ausschuss nimmt von der Mitteilung Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 02 betrifft, Kenntnis.

### **Kapitel 0201**

#### **Staatsministerium**

Der Berichterstatter verweist auf die Begründung des Antrags 02/1.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE macht darauf aufmerksam, da die von der Baden-Württemberg Stiftung gewährte Anschubfinanzierung für die Allianz für Beteiligung auslaufe, müssten nun Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden.

Der Antrag 02/1 wird mehrheitlich abgelehnt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU bittet in Bezug auf den Antrag 02/3 darzulegen, mit Kosten in welcher Höhe für das Annual Forum 2015 in Ulm im Rahmen der Donaoraumstrategie zu rechnen sei und welchen Anteil das Land übernehme. Darüber hinaus bitte er um Auskunft, inwieweit mit Zuschüssen von der Europäischen Union und anderen Institutionen zu rechnen sei.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten teilt mit, die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 360 000 €, wovon 300 000 € von der Europäischen Union und 60 000 € vom Land Baden-Württemberg getragen würden. Die Vereinnahmung von Zuschüssen von Dritten werde angestrebt.

Dem Antrag 02/3 wird einstimmig zugestimmt.

Der Berichterstatter legt dar, die CDU-Fraktion werde dem Antrag 02/4 nicht zustimmen, da sie in diesem Bereich Einsparmöglichkeiten sehe.

Dem Antrag 02/4 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD merkt an, mit dem Antrag 02/5 solle die interkulturelle Bildung und die lebensbegleitende Kompetenzbildung von Roma gestärkt werden.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU teilt mit, die CDU-Fraktion unterstütze das grundsätzliche Anliegen dieses Antrags. Dieses Thema spiele auch im Rahmen der Donau-Parlamentarier-Konferenz eine Rolle.

Er bitte um Auskunft, inwiefern die Europäische Union Mittel für diesen Bereich zur Verfügung stelle. Seiner Meinung nach müssten zunächst sämtliche Mittel ausgeschöpft werden, die die Europäische Union bereitstelle, bevor Landesmittel aufgewendet würden.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten führt aus, die Europäische Union stelle zwar Mittel für die soziale Integration von Roma bereit. Diese flössen allerdings nicht nach Deutschland, weil die soziale Integration von Roma hierzulande sehr gut gelinge.

Gleichwohl bemühe sich die Landesregierung um Fördermittel der Europäischen Union für transnationale Projekte im Rahmen der Donaunraumstrategie.

Der Vorsitzende fragt, ob die von der Europäischen Union für die soziale Integration von Roma bereitgestellten Mittel vollständig abgerufen würden.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten legt dar, diese Mittel würden in der Regel nicht vollständig abgerufen. Insofern seien weitere Projekte angestoßen worden, um die Absorptionsfähigkeit in den Ländern zu verbessern. Im Rahmen der Donau-Parlamentarier-Konferenz werde demnächst über einen effizienten Mitteleinsatz diskutiert.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU merkt an, vor dem Hintergrund der seiner Meinung nach unzureichenden Antwort werde die CDU-Fraktion den Antrag 02/5 ablehnen.

Dem Antrag 02/5 wird mehrheitlich zugestimmt.

Eine weitere Abgeordnete der Fraktion GRÜNE weist darauf hin, es bestehe noch Abstimmungsbedarf bezüglich des Kapitels 0201. Insofern bitte sie, Kapitel 0201 zu den Resten zurückzustellen.

Kapitel 0201 wird zu den Resten zurückgestellt.

## **Kapitel 0202**

### **Allgemeine Bewilligungen**

Der Berichterstatter verweist auf die Begründung des Antrags 02/2.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE hält dem entgegen, der Betrag der vorgeschlagenen Erhöhung gebe Anlass zu der Vermutung, dass dieser Vorschlag nicht mit einem Konzept hinterlegt sei. Im Übrigen liege hierzu kein Gegenfinanzierungsvorschlag vor.

Gleichwohl werde mit dem von den Regierungsfractionen eingebrachten Antrag 02/7 natürlich das gleiche Anliegen verfolgt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP merkt an, das mit den Anträgen verfolgte Ziel sei sicherlich löblich, aber nicht alles, was löblich sei, könne auch finanziert werden.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU weist darauf hin, ein Gegenfinanzierungsvorschlag finde sich in Einzelplan 12. Konkret schlage die CDU-Fraktion

eine globale Minderausgabe in Höhe von 8 Millionen € bei den Gutachten vor, um die Finanzierung der Vorschläge der CDU-Fraktion sicherzustellen.

Der Antrag 02/2 wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag 02/7 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU bittet zum Antrag 02/6 um Auskunft, welchen finanziellen Beitrag das Land im Zusammenhang mit dem Strategischen Donaubüro erbringen müsse und inwiefern sich die Europäische Union daran beteilige.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten trägt vor, es liege eine dauerhafte Finanzierungszusage der Europäischen Union vor, die vertraglich zugesichert habe, die Kosten des Betriebs des Strategischen Donaubüros und für die Verwaltung der Finanzmittel für die Koordinatoren der zwölf Schwerpunktbereiche der Donaunraumstrategie zu übernehmen. Das Land stelle lediglich Büroflächen in der Landesvertretung in Brüssel zur Verfügung. Ein weiterer Finanzierungsanteil des Landes sei nicht vorgesehen.

Für den Betrieb des Strategischen Donaubüros werde mit Gesamtkosten in Höhe von 2,1 Millionen € und für die Verwaltung der Finanzmittel für die Koordinatoren der zwölf Schwerpunktbereiche der Donaunraumstrategie mit Gesamtkosten in Höhe von 2 Millionen € kalkuliert, die vollständig von der Europäischen Union übernommen würden.

Dem Antrag 02/6 wird einstimmig zugestimmt.

Der an erster Stelle zu Wort gekommene Abgeordnete der Fraktion der CDU bittet, den Rückgang bei Titel 125 76 – Einnahmen aus dem Veranstaltungsbetrieb der Vertretung des Landes bei der EU – von tatsächlich eingenommenen 247 100 € im Jahr 2013 auf für das Jahr 2014 geplante Einnahmen in Höhe von 200 000 € zu erklären. Außerdem bitte er darzulegen, wie die Landesregierung künftige Veranstaltungen in der Landesvertretung in Brüssel zu finanzieren gedenke. Ferner frage er, ob die Nachfrage Dritter zu- oder abgenommen habe. Darüber hinaus bitte er darzulegen, wie sich die Zahl der Veranstaltungen mit Wirtschaftsverbänden in der Landesvertretung in Brüssel entwickelt habe. Zudem bitte er um Auskunft, ob der Veranstaltungsbetrieb im Jahr 2015 möglicherweise eingeschränkt werde durch den Umbau des Nachbargebäudes in der Rue Belliard 58.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten weist darauf hin, die Landesvertretung sei angehalten worden, Einnahmen aus dem Veranstaltungsbetrieb nicht zu veranschlagen. Insofern seien bereits im Jahr 2014 bei diesem Titel 0 € veranschlagt worden, auch wenn letztlich 247 100 € vereinnahmt worden seien. Insofern könne keineswegs von einer Reduzierung gesprochen werden.

Da der Veranstaltungsbetrieb weder rückläufig sei noch in Zukunft eingestellt werde, halte die Landesregierung einen Ansatz von 200 000 € für realistisch.

Er sagt zu, schriftlich darüber zu berichten, wie sich die Zahl der Veranstaltungen mit Wirtschaftsverbänden in der Landesvertretung in Brüssel entwickelt habe.

Die Landesregierung rechne nicht mit einem Rückgang der Zahl der Veranstaltungen und auch nicht mit einer Einschränkung des Veranstaltungsbetriebs durch den Umbau des Nachbargebäudes. Lediglich wenn der Durchbruch zum Übergang in das Nachbargebäude anstehe, könne mit vorübergehenden Einschränkungen zu rechnen sein. Dies werde aber frühestens im Jahr 2016 der Fall sein.

Der Berichterstatter bittet mitzuteilen, wie sich die bei Titel 531 04 N – Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg – veranschlagten Mittel aufteilen auf die Werbe- und Sympathiekampagne für Baden-Württemberg, auf die Heimattage Baden-Württemberg, auf die Beteiligung des Landes an Messen und Veranstaltungen sowie auf die Besucherinformationen zur Villa Reitzenstein.

Der an zweiter Stelle zu Wort gekommene Abgeordnete der Fraktion der CDU fragt nach dem Anlass für die einmalige Erhöhung der bei Titel 541 72 – Kosten für Konferenzen, Seminare und Tagungen – veranschlagten Mittel im Jahr 2015.

Ferner frage er unter Verweis auf Titel 429 79 – Personalaufwand – nach den Auswirkungen des Europapools auf die Landespolitik.

Der an erster Stelle zu Wort gekommene Abgeordnete der Fraktion der CDU bittet zu bestätigen, ob der Mittelaufwuchs bei Titel 541 76 – Aufwendungen für Veranstaltungen der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union – mit steigenden Einnahmen an anderer Stelle korrespondiere.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten bestätigt dies.

Der Staatssekretär im Staatsministerium teilt mit, von den unter Titel 531 04 veranschlagten Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 1,3 Millionen € seien 400 000 € für die seit 1999 durchgeführte Werbe- und Sympathiekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ vorgesehen. Diese Kampagne konzentrierte sich ab dem Jahr 2015 auf den Onlinebereich, da die Wahrnehmung von Werbung im Onlinebereich stark ansteige und im Printbereich sinke. Dies sei zudem eine gute Gelegenheit, um Einsparungen zu erzielen.

Die ebenfalls unter diesem Titel veranschlagten Mittel für die Heimattage Baden-Württemberg beliefen sich auf 155 000 €. 50 000 € seien für die Präsentation des Landes beim Tag der Deutschen Einheit vorgesehen. Weitere 50 000 € würden für diesen Zweck aus dem Haushalt des Protokolls bereitgestellt. 75 000 € seien für Öffentlichkeitsarbeit und Besucherinformationen rund um die Villa Reitzenstein vorgesehen. Für Veranstaltungen wie beispielsweise den Baden-Württemberg-Tag, die Heimattage, die aus der Sicht der Landesregierung sehr wichtige Nobelpreisträgerfahrt zur Mainau und das SWR-Sommerfestival sowie für Messen und kleinere Veranstaltungen seien 620 000 € eingeplant.

Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten fügt hinzu, der einmalige Mittelanstieg im Jahr 2015 bei Titel 541 72 erkläre sich durch die Übernahme des Vorsitzes der Internationalen Bodenseekonferenz. Insofern sinke der Bedarf im Jahr 2016 wieder.

Hinsichtlich des Europapools weise er darauf hin, dass die Stellenbesetzung und der damit verbundene Mittelabfluss nicht immer zu 100 % vorhersehbar seien. Insofern sei Flexibilität geboten. Infolge der Neukonzeption des Europapools sei der Zuschnitt um internationale Organisationen erweitert worden, sodass Mitarbeiter beispielsweise auch an die OECD und an Entwicklungshilfeorganisationen abgeordnet werden könnten. Insgesamt sei infolge des Europapools eine Stärkung der internationalen und der europäischen Kompetenz festzustellen.

Kapitel 0202 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

### **Kapitel 0203**

#### **Staatsgerichtshof**

einstimmig genehmigt.

### **Kapitel 0204**

#### **Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union**

und

### **Kapitel 0208**

#### **Führungsakademie Baden-Württemberg**

jeweils mehrheitlich genehmigt.

Der Ministerpräsident bedankt sich für die konstruktive Beratung des Einzelplans 02 und kündigt an, die Mitglieder des Ausschusses nach Abschluss der Bauarbeiten in die Villa Reitzenstein einzuladen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Einladung und die persönliche Teilnahme von Ministerpräsident Winfried Kretschmann an der heutigen Sitzung.

In der 54. Sitzung am 26. November 2014 wurde das in der 51. Sitzung am 19. November 2014 zurückgestellte Kapitel 0201 beraten.

Der zu dieser Beratung schriftlich eingebrachte Änderungsantrag RESTE 02/1 ist diesem Bericht beigelegt (*vgl. Anlage*).

### **Kapitel 0201**

#### **Staatsministerium**

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE hebt hervor, mit dem Antrag RESTE 02/1 solle die Digitalisierung und damit die Zukunftsfähigkeit des Landes gestärkt werden. Um bei der zunehmenden Digitalisierung Schritt halten und diese begleiten zu können, beabsichtige die Landesregierung, mit zusätzlichen Mitteln eine Geschäftsstelle Digitalisierung einzurichten.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP merkt an, da laut Begründung des Antrags im Gegenzug Reduzierungen bei der Stabstelle der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur vorgenommen würden, könne nicht zwangsläufig von einer Stärkung der Digitalisierung ausgegangen werden.

Ein Vertreter des Staatsministeriums teilt mit, die Aufgaben der Stabstelle der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur seien im Wesentlichen erledigt. Daher werde diese Stabstelle aufgelöst, und die verbleibenden Aufgaben würden in das Haushaltsreferat integriert.

Eine Abgeordnete der Fraktion der CDU fragt, welche Form der Digitalisierung mit dem vorliegenden Antrag konkret vorangetrieben werden solle.

Der Vertreter des Staatsministeriums verweist auf die Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident, in der dieser die Digitalisierung zum Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung erklärt habe.

Die Geschäftsstelle Digitalisierung solle die Aktivitäten der Landesregierung im Zusammenhang mit der Digitalisierung koordinieren. Die Digitalisierung spiele beispielsweise eine Rolle bei Bildung, Forschung, Wirtschaft, ökologischer Modernisierung und Infrastruktur. Die Geschäftsstelle Digitalisierung werde insofern eine Querschnittsaufgabe erfüllen. Außerdem biete diese Geschäftsstelle ein Forum für einen Ideenaustausch zwischen Bürgern und Wirtschaft.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft fügt hinzu, die Landesregierung habe sich darauf verständigt, die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu einem bedeutsamen Zukunftsthema für das Land zu erklären. In diesem Zusammenhang habe ein Kabinettsabend stattgefunden und sei eine Regierungserklärung abgegeben worden.

Im Zuge dessen sei die Einrichtung einer beim Staatsministerium angesiedelten Geschäftsstelle beschlossen worden, die ressortübergreifend das Thema „Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“ in den Blick nehmen solle.

Mit den im Zuge der Auflösung der Stabstelle der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur frei werdenden Mitteln und den im Antrag RESTE 02/1 beantragten zusätzlichen Mitteln könne das Staatsministerium dieser Aufgabe gerecht werden und eine Geschäftsstelle Digitalisierung schaffen.

Die Abgeordnete der Fraktion der CDU wirft ein, dieses Vorhaben hätte bereits bei der Aufstellung des Entwurfs des Staatshaushaltsplans berücksichtigt werden können.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft hält dem entgegen, der Kabinettsabend zur Digitalisierung habe erst nach der Sommerpause stattgefunden, also nach den Haushaltsanmeldungen der einzelnen Ressorts an das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU äußert die Vermutung, im Bereich Digitalisierung gebe es zahlreiche Insellösungen. Er halte jedoch eine Gesamtkoordination dieses Bereichs für geboten. Vor diesem Hintergrund bitte er mitzuteilen,

ob davon auszugehen sei, dass es Aufgabe dieser Geschäftsstelle sein werde, diese Insellösungen zu koordinieren.

Der Präsident des Rechnungshofs bittet um Auskunft, ob die beabsichtigte Einrichtung einer Geschäftsstelle Digitalisierung Ausfluss der originären Koordinierungsfunktion des Staatsministeriums sei oder der Bündelung der Digitalisierungsbestrebungen der Landesregierung diene.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft weist darauf hin, die Aufgabe der Geschäftsstelle Digitalisierung sei eine klassische Ressortkoordinationsaufgabe des Staatsministeriums. Änderungen der Ressortzuständigkeiten seien damit nicht verbunden. Vielmehr gehe es darum, die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft als ein bedeutsames Querschnittsthema für die Zukunftsfähigkeit des Landes zu koordinieren.

Dem Antrag RESTE 02/1 wird mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0201 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

28. 11. 2014 / 02. 12. 2014

Claus Paal

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

02/1

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der CDU**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium**

**Kapitel 0201 Staatsministerium**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
685 79 N (S. 30)	011	Zuschüsse		
			<i>statt</i>	
			200,0	200,0
			<i>zu setzen</i>	
			87,5	87,5
			(-112,5)	(-112,5)

17.11.2014

Hauk und Fraktion

Begründung:

Da die Landesregierung für Fragen der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung die Funktion einer Staatsrätin im Staatsministerium eingerichtet hat und sich alle im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien bereits im Dezember 2013 auf ein Paket zur Reform der landesrechtlichen Regelungen betreffend der direkten Demokratie im Land Baden-Württemberg und seinen Kommunen geeinigt haben, ist nicht ersichtlich, wofür konkret der im Haushaltsentwurf eingeplante Zuschuss von 200 Tsd. Euro verwendet werden soll. Im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung des Landes ist daher eine Kürzung der Mittel auf jeweils 87.500 Euro in den Jahren 2015 und 2016 notwendig und richtig.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

02/2

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der CDU**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium**

**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung		Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
685 70 (S. 42)	011	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen	<i>statt</i>	710,0	710,0
			<i>zu setzen</i>	1.210,0	1.210,0
				(+500,0)	(+500,0)
		und die Erläuterung wie folgt zu fassen:			
		<i>„Erläuterung: Die Mittel werden gemäß den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Würt- temberg und für Projekte der Stif- tung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) verwendet.“</i>			

18.11.2014

Hauk und Fraktion

Begründung:

Die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit ist ein Anliegen aller Landtagsfraktionen, das jedoch auch mit einer entsprechenden Mittelausstattung hinterlegt werden muss. Im Jahr 2014 wurde eine Partnerschaftvereinbarung mit der Republik Burundi unterzeichnet. Um diese mit Leben füllen zu können, ist eine Unterstützung konkreter Projekte mit Landesmitteln notwendig. Die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) wurde zur Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit des Landes ins Leben gerufen.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

02/3

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der SPD**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium**

**Kapitel 0201 Staatsministerium**

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
80		Umsetzung der Donaoraum- strategie		
1.	„281 80 N (S. 16)“	Zuschüsse von Dritten  und die Erläuterung wie folgt zu fassen:  „ <i>Erläuterung: Vgl. Ver- merk und Erläuterungen bei Tit.Gr. 80 – Ausgaben –.</i> “	<i>zu setzen</i>  0,0	0,0“

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
2.	80	Die Zweckbestimmung und den Haushaltvermerk wie folgt zu fas- sen:		
	(S. 30)	„Umsetzung der Donaoraum- strategie  Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Tit.Gr. 80.“		

Seite 1 von 2 zu 02/3

			und die Erläuterung wie folgt zu ergänzen:			
			<i>„Im Rahmen der Donaunraumstrategie wird das Annual Forum 2015 in Ulm stattfinden. Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln, Zuschüssen der EU und sonstiger Dritter.“</i>			

19.11.2014

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Im Rahmen der Donaunraumstrategie wird das Annual Forum 2015 in Ulm stattfinden. Es ist geplant, diese Veranstaltung in Kooperation mit der Europäischen Kommission, der Stadt Ulm sowie ggf. mit weiteren Sponsoren durchzuführen. Aus diesem Grund ist ein Einnahmetitel neu zu schaffen und die Zweckbestimmung sowie der Haushaltsvermerk der Titelgruppe 80 entsprechend anzupassen. Die Einnahmen Dritter werden über den geänderten Haushaltsvermerk den Ausgaben zugeführt.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

02/4

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der SPD**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium**

**Kapitel 0201 Staatsministerium**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
1.	79	Die Zweckbestimmung wie folgt zu fassen:		
	(S. 30)	„Aufwendungen in Fragen der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“		
2.	546 79	011 Sonstiger Sachaufwand		
			<i>statt</i>	200,0
			<i>zu setzen</i>	200,0
			(+165,0)	(+/-0,0)
		und die Erläuterung wie folgt zu fassen:		
		„ <i>Erläuterung: 2015 mehr für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Maßnahmen zur Flüchtlingshilfe.</i> “		

Neu aufzunehmen:					
Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR	
3.	„681 79 N	011	Beratungsgutscheine für Bürger- schaftliche Initiativen	200,0	200,0“

19.11.2014

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Zu Titel 546 79:

Zur Absicherung der beim Flüchtlingsgipfel am 13. Oktober 2014 angekündigten Maßnahmen. Dort wurde angekündigt, die Zivilgesellschaft zu einem Dialog über den Umgang mit Flüchtlingen einzuladen. Schwerpunkt ist dabei das haupt- und ehrenamtliche Engagement zu fördern. Ferner soll es einen Ratgeber und eine Webseite zu diesem Thema geben.

Die Gegenfinanzierung der zusätzlichen Mittel soll durch entsprechende Reduzierung der bei Kapitel 1212 Titel 919 01 vorgesehenen Zuführung zur Rücklage für Haushaltsrisiken und über die Veranschlagung von Überschüssen bei Kapitel 1212 Titel 361 01 erfolgen.

Zu Titel 681 79:

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels leisten örtliche, bürgerschaftliche Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Anpassung der Infrastrukturen etwa in der Nahversorgung oder bei Sozialen Diensten. Um ein Vorhaben in der örtlichen Gemeinschaft zum Erfolg zu führen, benötigen die engagierten Bürgerinnen und Bürgern oftmals eine fachliche Beratung etwa in Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen, sowie bei der Markterkundung. Mit den hier beantragten Mitteln sollen diesen bürgerschaftlichen Initiativen – analog zu den Innovationsgutscheinen für KMU – Beratungsgutscheine für ein bis vier Beratungstage nach einer unkomplizierten Förderrichtlinie (der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft) bewilligt werden.

Gegenfinanzierung erfolgt durch gesonderten Antrag.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

02/5

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der SPD**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium**

**Kapitel 0201 Staatsministerium**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
685 80	011	Zuschüsse zur Förderung von Projekten		
(S. 30)			<i>statt</i> 400,0	400,0
			<i>zu setzen</i> 500,0	500,0
			(+100,0)	(+100,0)
		und die Erläuterung wie folgt zu fassen:		
		„ <b>Erläuterung:</b> Mehr für Interkulturelle Bildungsprojekte der verschiedenen Roma-Gemeinschaften.“		

19.11.2014

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Die verschiedenen Gemeinschaften der Roma sind in den östlichen Donauanrainerstaaten mit weit über 6 Millionen Menschen die größte Minderheit; sie ist überwiegend stark marginalisiert und diskriminiert. Durch die Freizügigkeit in der EU migriert eine große Anzahl auch in die westlichen Donaunraumstaaten, so dass gemeinsame Herausforderungen entstehen. Deshalb sollen sich Aktionen, die bewirken, dass immer weniger Menschen aus den Roma-

Gemeinschaften von Armut und Ausgrenzung bedroht werden, in einem integrierten Ansatz gegenseitig ergänzen.

Das Projekt „Duna Romani Luma“ ist ein langfristig angelegtes interkulturelles und intergenerationelles Bildungsprojekt, das mehrere Maßnahmenfelder integriert. Dabei geht es im Kern um lebensbegleitende Kompetenzentwicklung und damit verbunden um Formen des Dialogs zwischen Roma und Nicht-Roma. Im Einzelnen umfasst das Projekt folgende Maßnahmen:

- a) **Schulpartnerschaften zwischen Roma-Schulen in Ungarn und entsprechenden Schulen in Baden-Württemberg**
- b) **Alphabetisierungs- und Gesundheitsbildungsprogramme für erwachsene Roma**
- c) **Elementare Bildungsangebote und soziale Hilfsprogramme für Roma-Kinder**
- d) **Kultur- und Infotainment-Projekt „Duna Romani Luma“**

Gegenfinanzierung erfolgt durch gesonderten Antrag.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

02/6

**Änderungsantrag  
der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der SPD**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium**

**Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Neu aufzunehmen:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
„83 (S. 33)		Strategisches Donaübüro (Danube Strategy Point – DSP)		
		und die Erläuterung wie folgt zu fassen:  „ <i>Erläuterung: Vgl. Ve- rmerk und Erläuterungen bei Tit. Gr. 83 – Ausgaben.</i> “		
272 83A N	011	Zuschüsse der Europäischen Union für das Strategische Donaübüro		
			<i>zu setzen</i>	0,0
272 83B N	011	Zuschüsse der Europäischen Union zur Abwicklung von Projekten durch das Strate- gische Donaübüro		
			<i>zu setzen</i>	0,0
281 83 N	011	Zuschüsse von Dritten		
			<i>zu setzen</i>	0,0
		<b>Summe Titelgruppe 83</b>		
				0,0

Titel Tit. Gr.	FK Z	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
-------------------	---------	-----------------	--------------------------------	--------------------------------

83 Strategisches Donaübüro (Danube  
Strategy Point – DSP)

(S. 50)

Ausgaben sind in Höhe der  
Einnahmen bei Tit. Gr. 83 zu-  
lässig.

		und die Erläuterung wie folgt zu fassen:			
		<i>„Erläuterung: Vorgesehen sind folgende Projekte:</i>			
		<i>– Betreuung des Strategischen Do- naübüros (Danube Strategy Point – DSP)</i>			
		<i>– Verwaltung der Finanzmittel für die Koordinatoren der 12 Schwerpunk- bereiche der Donaunraumstrategie (Priority Area Coordinators – PAC)</i>			
		<i>– Verwaltung der Finanzmittel für das Annual Forum 2016 in Bratislava“</i>			
429 83 N	011	Personalaufwand	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
526 83 N	011	Kosten für Sachverständige	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
546 83 N	011	Sonstiger Sachaufwand	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
685 83 N	011	Zuschüsse und sonstige Förderun- gen	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
812 83 N	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen u. dgl.	<i>zu setzen</i>	0,0	0,0
<b>Summe Titelgruppe 83</b>				0,0	0,0“

19.11.2014

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Das Land hat im Rahmen der EU-Donauraumstrategie neue Aufgaben übernommen. Die neue Titelgruppe ist für die haushaltsmäßige Abwicklung dieser Aufgaben erforderlich.

**Landtag von Baden-Württemberg**

15. Wahlperiode

**02/7****Änderungsantrag  
der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der SPD****Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium****Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
685 70	011	Zuschüsse zur Förderung Internatio- naler Kooperationen		
(S. 42)			<i>statt</i> 710,0	710,0
			<i>zu setzen</i> 1.000,0	1.000,0
			(+290,0)	(+290,0)

19.11.2014

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion**Begründung:**

Zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württemberg bedarf es zusätzlicher Mittel. Mit jeweils zusätzlichen 290 Tsd. € in den kommenden beiden Haushaltsjahren soll unter anderem die Koordination des Promotorenprogramms unter dem Dach des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) unterstützt werden.

Der DEAB vertritt über 300 Gruppen im Land. Trotz umfangreicher Projekte und Programme, die jeweils bei einer Vielzahl von Geldgebern beantragt und abgerechnet werden, finanziert sich der DEAB aus Mitgliederbeiträgen. Aufgrund des Dialogprozesses zur Erarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes und der Gründung des Rats für Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium, mit weiteren Ministerien sowie anderen landesweiten und bundesweiten Organisationen und Gremien aus-

Seite 1 von 2 zu 02/7

geweitet und intensiviert. Das Arbeitsvolumen in der DEAB-Geschäftsführung hat sich drastisch erhöht. Zur Absicherung seiner Projektarbeit soll der DEAB einen Landeszuschuss erhalten.

Außerdem soll nach Abschluss der Partnerschaftvereinbarung des Landes mit Burundi der Schwerpunkt Burundi gestärkt werden. Ziel ist es, die Partnerschaft hier in Baden-Württemberg bekannter zu machen und so neue Projektpartner für Burundi zu generieren, aber auch den Austausch mit Burundi, etwa in den Bereichen Verwaltung, Gesundheit, Jugend und Kultur, zu fördern. Im Bereich Gesundheit sollen vor allem Projekte für eine nachhaltige Gesundheitsvorsorge unterstützt werden.

Gegenfinanzierung erfolgt durch gesonderten Antrag.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
15. Wahlperiode

**RESTE 02/1**

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der SPD**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2015/2016**

Der Landtag wolle beschließen:

**Einzelplan 02 – Staatsministerium****Kapitel 0201 Staatsministerium**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung		Betrag für 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2016 Tsd. EUR
427 74 (S. 27)	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte			
			<i>statt</i>	0,0	0,0
			<i>zu setzen</i>	129,4	130,5
		und folgende Erläuterung neu aufzunehmen:		(+129,4)	(+130,5)
		„ <i>Erläuterung: Mehr für die Ein- richtung einer Geschäftsstelle Digitalisierung.</i> “			

25.11.2014

Sitzmann und Fraktion  
Schmiedel und Fraktion

Begründung:

Im Staatsministerium soll zum 1. Januar 2015 (zunächst für 2 Jahre) eine Geschäftsstelle Digitalisierung, die unmittelbar dem Staatssekretär zugeordnet ist, geschaffen werden. Die bisherige Stabstelle der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur wird im Gegenzug reduziert und in das Referat 11 (Haushaltsreferat) integriert.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch gesonderten Antrag.